

<p>Satzung der FT Groß-Midlum 1985 e.V.</p>	
<p>§1 Name, Sitz, Vereinsjahr Der am 16. März 1985 gegründete Verein führt den Namen freie Turnerschaft Groß Midlum 1985 e.V. und hat seinen Sitz in Groß Midlum. Er ist unter Nr. 641 in das Register des Amtsgerichts im Emden eingetragen. Das Geschäftsjahr läuft von 01. Januar bis 31. Dezember.</p>	<p>§1 Name, Sitz, Vereinsjahr (1) Der am 16. März 1985 gegründete Verein führt den Namen "Freie Turnerschaft Groß-Midlum 1985 e.V.", abgekürzt "FT Groß-Midlum", und hat seinen Sitz in Groß-Midlum. (2) Er ist unter der Nr. 100219 in das Register des Amtsgerichts Aurich eingetragen. (3) Das Geschäftsjahr läuft vom 01. Januar bis 31. Dezember.</p>
<p>§ 2 Vereinszweck Die Freie Turnerschaft Groß Midlum 1985 e.V. mit Sitz in Großmidlum verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.</p> <p>Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports.</p> <p>Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Förderung sportlicher Übungen und Leistungen.</p> <p>Zu diesem Zweck stellt der Verein seinen Mitgliedern sein gesamtes Vermögen , insbesondere seine Sportanlagen und Baulichkeiten zur Verfügung. jedes Mitglied kann in allen Abteilungen des Vereins Sport treiben. alle laufenden Einkünfte werden ausschließlich zur Bestreitung der Ausgaben verwendet, die zur Erreichung des Vereinszwecks notwendig sind. Der Verein ist politisch, rassisch und religiös neutral.</p> <p>Der Verein ist zwecklos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.</p>	<p>§ 2 Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit</p> <p>(1) Die FT Groß-Midlum verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.</p> <p>(2) Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports.</p> <p>(3) Die Ziele und die Vereinszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Durchführung von sportlichen Veranstaltungen, Wettkämpfen, Turnieren und Kursen, b) die Schulung der Mitarbeiter des Vereins, c) Errichtung und Erhaltung von Sportanlagen. <p>(4) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.</p> <p>(5) Mittel des Vereins dürfen nur zu satzungsmäßigen Zwecken verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.</p> <p>(6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.</p> <p>(7) Ausscheidende Mitglieder haben gegen den Verein keine Ansprüche</p>

	auf Zahlung des Wertes eines Anteils am Vereinsvermögen.
<p>§ 3 Zur Erreichung der in § 2 festgelegten Ziele wird ausdrücklich bestimmt:</p> <p>a) der Verein bezweckt lediglich die in § 2 genannten Ziele; er darf keinen Gewinn erstreben. Die Mitglieder erhalten keinerlei Gewinnanteile oder sonstige Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Sie haben keinen Anteil am Vereinsvermögen und haben weder bei ihrem Austritt aus dem Verein noch bei der Auflösung des Vereins irgendwelchen Anspruch auf das Vereinsvermögen.</p> <p>b) die Vereinsämter sind Ehrenämter.</p> <p>c) es dürfen keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen (Angestelltegehälter) gegeben und keine Verwaltungsausgaben gemacht werden, die dem Verein fremd sind.</p> <p>d) Grundsätzlich werden die Vereins- und Organämter ehrenamtlich ausgeübt. Im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten besteht aber die Möglichkeit, eine Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG (Ehrenamts-pauschale) zu entrichten. Die Entscheidung darüber trifft der Vorstand.</p>	<p><i>Siehe in § 2 neu</i></p> <p><i>Siehe in § 2 neu</i></p> <p><i>Buchstaben b und d in § 13 der neuen Satzung geregelt</i></p>
<p>§ 4 Verbleiben nach Deckung der laufenden Ausgaben noch Überschüsse, so werden sie zur Ansammlung eines Zweckvermögens verwendet. Die Ansammlung des Zweckvermögens ist erforderlich, um eine für die Zwecke des Vereins notwendige Anlage oder Einrichtung zu schaffen bzw. zu verbessern. Es darf nur für diesen Zweck verwendet werden.</p>	
<p>§ 5 Verbandszugehörigkeit Der Verein gehört dem Landessportbund mit den dazugehörigen Spartenverbänden als Mitglied an und ist den Satzungen dieser</p>	<p>§ 3 Verbandszugehörigkeit Der Verein gehört dem Landessportbund mit den dazugehörigen Spartenverbänden als Mitglied an und ist den Satzungen dieser</p>

Verbände unterworfen.	Verbände unterworfen.
<p>§ 6 Mitgliedschaft Mitglied kann jede unbescholtene Person werden. Der Antrag auf Annahme als Mitglied des Vereins ist unter Angabe von Namen, Vornamen, Beruf, Alter und Wohnung schriftlich einzureichen.</p> <p>Bei Minderjährigen ist die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters als Zustimmung hierzu abzugeben.</p> <p>Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Mit der Anmeldung unterwirft sich jedes Mitglied den Bestimmungen dieser Satzung.</p>	<p>§4 Erwerb der Mitgliedschaft (1) Mitglied kann jede natürliche Person werden. (2) Die Mitgliedschaft wird durch die Aufnahme erworben. Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag (Beitrittserklärung) an den Verein zu richten. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am SEPA-Lastschriftverfahren teilzunehmen. (3) Der Aufnahmeantrag eines Minderjährigen bedarf der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreter. Mit der Einwilligung wird die Zustimmung zur Wahrnehmung der Mitgliederrechte und -pflichten durch das minderjährige Mitglied erteilt. Die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Vereinsmitglieder verpflichten sich mit der Unterzeichnung des Aufnahmeantrages für die Beitragspflichten des Minderjährigen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs persönlich gegenüber dem Verein zu haften. (4) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme in den Verein ist erfolgt, wenn der Vorstand den Aufnahmeantrag nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgelehnt hat. (5) Mit der Anmeldung unterwirft sich jedes Mitglied den Bestimmungen dieser Satzung.</p>
<p>§ 7 Der Verein besteht aus ordentlichen, Jugendlichen und Ehrenmitgliedern. Als ordentliches Mitglied gelten Erwachsene, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Zur Vereinsjugend zählen alle Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr.</p>	<p>§ 5 Arten der Mitgliedschaft (1) Der Verein besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ aktiven Mitgliedern ▪ passiven Mitgliedern ▪ Ehrenmitgliedern. <p>(2) Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die sämtliche Angebote des Vereins/der Abteilung , der sie angehören, im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen können und/oder am Spiel- bzw. Wettkampfbetrieb</p>

<p>Personen, die sich um die Sache des Vereins verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstandes von der Jahreshauptversammlung unter Zustimmung von zwei Dritteln der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.</p>	<p>teilnehmen können.</p> <p>(3) Für passive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder bestimmter Vereinsabteilungen im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht.</p> <p>(4) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Ihnen steht ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung zu. Sie werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung unter Zustimmung von zwei Dritteln der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder ernannt.</p>
<p>§ 8 Rechte und Pflichten der Mitglieder Die Mitglieder haben alle Rechte und Pflichten, die sich aus der Satzung und der Zweckbestimmung des Vereins ergeben, insbesondere auch das aktive und passive Wahlrecht.</p> <p>- Jugendliche Mitglieder haben in der Jahreshauptversammlung und bei den Wahlen des Vereins bis zum vollendeten 18. Lebensjahr kein Stimmrecht. Bei der Wahl des Jugendleiters und ihrer Betreuer haben</p>	<p>§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder (1) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein laufend über Änderungen in ihren persönlichen Verhältnissen schriftlich zu informieren. Dazu gehören insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Mitteilung von Anschriftenänderungen b) die Mitteilung von Änderungen der Bankverbindung bei der Teilnahme am Einzugsverfahren c) die Mitteilung von persönlichen Veränderungen, die für das Beitragswesen relevant sind. <p>(2) Entstehen einem Mitglied Nachteile, weil es seine Mitteilungspflichten gegenüber dem Verein nicht erfüllt hat, so erwachsen daraus keine Ansprüche gegen den Verein.</p> <p>(3) Entstehen dem Verein Nachteile oder ein Schaden, weil das Mitglied seinen Pflichten nach Abs. (1) nicht nachgekommen ist, so ist das Mitglied dem Verein gegenüber zum Ausgleich verpflichtet.</p> <p>(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern, sowie die gefassten Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.</p> <p>§ 7 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder Mitglieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr haben in der Mitgliederversammlung und bei den Wahlen des Vereins kein</p>

<p>jugendliche Mitglieder des Vereins volles Stimmrecht. - Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern, sowie Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.</p>	<p>Stimmrecht. Bei der Wahl des Jugendsprechers haben sie volles Stimmrecht.</p>
<p>§ 9 Der Mitgliedsbeitrag ist vierteljährlich im Voraus zu entrichten. Ehrenmitglieder haben das Recht ordentlicher Mitglieder, sind aber von der Beitragspflicht befreit. Der Vorstand kann auf Antrag Beitragserleichterungen gewähren. Die Mitgliedsbeiträge setzt die Jahreshauptversammlung fest. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.</p>	<p>§ 8 Beitragswesen (1) Die Mitglieder sind verpflichtet, Beiträge an den Verein zu leisten, die auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben. (2) Die Beitragshöhe kann nach Mitgliedergruppen unterschiedlich festgesetzt werden. Die Unterschiede müssen sachlich gerechtfertigt sein. (3) Der Vorstand kann auf Antrag Beitragserleichterungen gewähren.</p> <p>§ 9 Abwicklung des Beitragswesens (1) Der Mitgliedsbeitrag ist vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich im Voraus zu entrichten. (2) Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am SEPA-Lastschriftverfahren für den Einzug der Mitgliedsbeiträge teilzunehmen. Die Erklärung des Mitglieds erfolgt dazu auf dem Aufnahmeformular. (3) Von Mitgliedern, die dem Verein eine SEPA-Lastschrift erteilt haben, wird der Beitrag zu den Fälligkeitsterminen eingezogen.</p> <p>§ 9a Erhebung vom Umlagen (1) Neben dem Jahresbeitrag kann es im Einzelfall erforderlich sein, dass der Verein einen nicht vorhersehbaren größeren Finanzbedarf decken muss, der mit den regelmäßigen Beiträgen der Mitglieder nicht zu decken ist (z.B. nicht vorhersehbare Verschuldung des Vereins, Finanzierung eines Projekts oder größere Aufgaben). (2) In diesem Fall kann die Mitgliederversammlung die Erhebung einer einmaligen Umlage von den Mitgliedern beschließen. Der Beschluss ist</p>

	<p>mit der einfachen Mehrheit der erschienenen Mitglieder zu fassen. Die Voraussetzungen der Nichtvorhersehbarkeit sind zu begründen. Die Höhe der Umlage, die das einzelne Mitglied als Einmalzahlung zu erbringen hat, darf 25% des durch das Mitglied zu leistenden Jahresbeitrages nicht übersteigen.</p>
<p>§ 10 Verlust der Mitgliedschaft Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, freiwilligen Austritt und durch Ausschluss aus dem Verein. Verpflichtungen dem Verein gegenüber sind bis zum Ablauf des laufenden Kalendervierteljahres zu erfüllen. Die Austrittserklärung ist unter Rückgabe des Mitgliedsausweises schriftlich an den Vorstand zu richten. Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen zulässig.</p> <p>Ein Mitglied kann nur nach Vorheriger Anhörung vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) wegen Nichterfüllung satzungsmäßiger Verpflichtungen und Nichtbefolgung von Anordnungen der Vereinsleitung, b) Wegen Nichtzahlung von sechs Monatsbeiträgen trotz Aufforderung, c) wegen unehrenhafter Handlungen. d) <p>Mit dem Ausscheiden eines Mitglieds erlöschen sämtliche durch die Mitgliedschaft erworbene Anrechte an den Verein, dagegen bleibt das ausscheidende Mitglied für alle Verpflichtungen haftbar. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied innerhalb von 14 Tagen das Einspruchsrecht beim Vorstand, der seine Entscheidung revidieren kann, zu. Bleibt es beim Ausschluss des Mitgliedes, entscheidet über den Einspruch der Ehrenrat.</p>	<p>§ 10 Beendigung der Mitgliedschaft (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Kündigung und durch Ausschluss aus dem Verein. (2) Verpflichtungen dem Verein gegenüber sind bis zum Ablauf des laufenden Kalendervierteljahres zu erfüllen. (3) Die Kündigungserklärung ist schriftlich an den Vorstand zu richten. (4) Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen zulässig.</p> <p>§ 11 Ausschluss aus dem Verein (1) Der Ausschluss eines Mitglieds kann durch <i>den Vorstand</i> beschlossen werden, wenn das Mitglied</p> <ol style="list-style-type: none"> a) die Bestimmungen der Satzung, Ordnungen oder die Interessen des Vereins verletzt b) die Anordnungen oder Beschlüsse der Vereinsorgane nicht befolgt <p>(2) Vor der Entscheidung über den Ausschluss hat der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich mündlich oder schriftlich zu äußern; hierzu ist das Mitglied unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen schriftlich aufzufordern.</p> <p>(3) Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen und dem Betroffenen mittels eingeschriebenem Brief bekannt zu geben.</p> <p>(4) Gegen den Ausschlussbeschluss steht dem Mitglied innerhalb von 14 Tagen ein Einspruchsrecht beim Vorstand, der seine Entscheidung</p>

	<p>revidieren kann, zu. Bleibt es beim Ausschluss des Mitgliedes, entscheidet über den Einspruch der Ehrenrat.</p> <p>§ 11a Streichung aus der Mitgliederliste</p> <p>(1) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung von Beiträgen in Verzug ist.</p> <p>(2) Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach der Absendung der zweiten Mahnung ein Monat verstrichen ist und in dieser Mahnung ausdrücklich die Streichung angedroht wurde. Der Beschluss des Vorstandes über die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.</p> <p>(3) Bestehende Beitragspflichten (Beitragsrückstände) bleiben unberührt.</p>
<p>§ 11 Organe des Vereins Oberstes Organ des Vereins ist die Jahreshauptversammlung. Weitere Organe sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.</p>	<p>§ 12 Organe des Vereins Die Organe des Vereins sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Mitgliederversammlung b) der Vorstand c) der erweiterte Vorstand d) der Ehrenrat <p>§ 13 Vergütungen für die Vereinstätigkeit, Aufwandsentschädigung</p> <p>(1) Die Organämter des Vereins werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Die Satzung kann hiervon Ausnahmen ausdrücklich zulassen.</p> <p>(2) Bei Bedarf können die Organämter im Rahmen haushaltsrechtlicher Möglichkeiten entgeltlich gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung</p>

Im Sinne des § 26 BGB sind der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende und der Kassenwart der Vorstand. Zur Vertretung des Vereins sind jeweils ein Vorsitzender gemeinsam handelnd mit dem Kassenwart berechtigt. Im Übrigen setzt sich die Vereinsleitung zusammen aus:

- a) dem engeren Vorstand
- 1.) 1. Vorsitzender
 - 2.) 2. Vorsitzender
 - 3.) 3. Vorsitzender
 - 4.) Kassenwart
 - 5.) Schriftführer
 - 6.) Fussballobmann
 - 7.) Jugendleiter
 - 8.) Frauenwartin

nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden.

(3) Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Abs. (2) trifft der Vorstand.

(4) Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon usw.

(5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.

(6) Vom Vorstand können per Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Grenzen über die Höhe des Aufwendungsersatzes nach § 670 BGB festgesetzt werden.

§ 14 Vorstand

(1) Der Verein wird im Sinne des §26 BGB gerichtlich und außergerichtlich vom 1. Vorsitzenden, 2. Vorsitzenden, 3. Vorsitzenden und dem Kassenwart vertreten, und zwar von jeweils zwei gemeinschaftlich.

(2) Der engere Vorstand setzt sich zusammen aus:

- 1.) 1. Vorsitzender
- 2.) 2. Vorsitzender
- 3.) 3. Vorsitzender
- 4.) Kassenwart
- 5.) Schriftführer
- 6.) Fußballobmann
- 7.) Jugendsprecher

<p>b) dem erweiterten Vorstand: 1.) engerer Vorstand gem. a) 2.) Obleute der Sportabteilungen und Ausschüsse 3.) Platz- und Gerätewart 4.) Kassierer 5.) Sachbearbeiter für Sportunfälle</p> <p>Die Vorstandsmitglieder werden von der Jahreshauptversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt (Wiederwahl ist möglich).</p>	<p>8.) Sprecherin des Frauenausschusses.</p> <p>(3) Dem erweiterten Vorstand gehören an: 1.) der Vorstand gem. Abs. 2 2.) Abteilungsleiter der Sportabteilungen und Sprecher von Ausschüsse 3.) Platz- und Gerätewart 4.) Kassierer 5.) Sachbearbeiter für Sportunfälle</p> <p>(4) Die Vorstandsmitglieder werden von der Jahreshauptversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich.</p> <p>(5) Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer gewählt wird. Dies gilt auch für einzelne Vorstandsmitglieder. Maßgebend ist die Eintragung des neuen Vorstands im Vereinsregister. Die Übergangszeit ist auf drei Monate beschränkt und kann nicht verlängert werden.</p> <p>(6) Scheidet ein einzelnes Vorstandsmitglied während der laufenden Amtsperiode gleich aus welchem Grund aus, so kann der Vorstand ein kommissarisches Vorstandsmitglied berufen. Diese Berufung ist auf jeden Fall auf die restliche Amtszeit der laufenden Amtsperiode des Vorstands beschränkt und wird mit der nächsten regulären Wahl hinfällig.</p>
<p>§ 12 Mitgliederversammlung Die Jahreshauptversammlung findet alljährlich spätestens vier Wochen nach Schluss des Geschäftsjahres statt. Die Einberufung muss mindestens 14 Tage vorher schriftlich oder durch Aushang im Vereinskasten geschehen und die vom Vorstand festzusetzende Tagesordnung enthalten. Folgende Punkte unterliegen der Beschlussfassung durch die Jahreshauptversammlung: a) Genehmigung der Bilanz und der Jahresrechnung b) Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer</p>	<p>§ 15 Mitgliederversammlung (1) Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung. (2) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal jährlich statt. Sie sollte im ersten Quartal eines Kalenderjahres durchgeführt werden. (3) Die Einberufung muss mindestens 14 Tage vorher durch Aushang im Infokasten am Vereinsheim geschehen und die vom Vorstand festzusetzende Tagesordnung enthalten. Folgende Punkte unterliegen</p>

<ul style="list-style-type: none"> c) Satzungsänderung d) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge e) Angelegenheiten, die vom Vorstand zur Beratung gestellt werden f) Anträge ordentlicher Mitglieder g) Auflösung des Vereins. 	<p>der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Entgegennahme der Berichte des Vorstandes b) Entlastung des Vorstandes auf der Grundlage des Berichtes der Kassenprüfer c) Wahl des Vorstandes, der Kassenprüfer sowie weiterer Organämter d) Satzungsänderung e) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge f) Anträge, die vom Vorstand und/oder von Mitgliedern (gem. § 16) zur Beratung gestellt werden g) Auflösung des Vereins.
<p>§ 13 Anträge ordentlicher Mitglieder an die Jahreshauptversammlung müssen eine Woche vorher schriftlich an den Vorstand eingereicht werden.</p>	<p>§ 16 Anträge von Mitgliedern (1) Jedes Mitglied kann spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. (2) Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.</p>
<p>§ 14 Jedes in der Jahreshauptversammlung anwesende ordentliche Mitglied und jedes Ehrenmitglied hat eine Stimme. Stimmrechtsübertragungen sind unzulässig. Alle Beschlüsse der Versammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt. Die Leitung der Versammlung obliegt dem 1. Vorsitzenden. Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Mitgliederversammlungen Ist ein Bericht aufzunehmen, der von dem die Versammlung leitenden Vorsitzenden zu unterschreiben ist.</p>	<p>§ 17 Stimmrecht, Mehrheiten, Versammlungsleitung, Protokoll (1) Jedes in der Mitgliederversammlung anwesende Mitglied und jedes Ehrenmitglied hat eine Stimme. Stimmrechtsübertragungen sind unzulässig. (2) Alle Beschlüsse der Versammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt. (3) Die Leitung der Versammlung obliegt dem 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung wird die Versammlung von einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet. Ist kein Mitglied des Vorstandes</p>

	<p>anwesend, bestimmt die Versammlung einen Versammlungsleiter. (4) Über den Verlauf und Beschlüsse der Mitgliederversammlungen ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben ist.</p>
<p>§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlungen kann der Vorstand im Bedarfsfall einberufen; er muss es tun, wenn ein Fünftel der ordentlichen Mitglieder einen entsprechenden Antrag stellt. Die Einberufung hat 14 Tage vorher schriftlich oder durch Aushang im Vereinskasten zu erfolgen.</p>	<p>§ 18 Außerordentliche Mitgliederversammlung Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann der Vorstand im Bedarfsfall einberufen; er muss es tun, wenn ein Fünftel der Mitglieder einen entsprechenden Antrag stellt. Die Einberufung hat 14 Tage vorher schriftlich und durch Aushang im Infokasten am Vereinsheim zu erfolgen.</p>
<p>§ 16 Sportabteilungen und Ausschüsse Für die Durchführung der Vereinsaufgaben werden</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Sportabteilungen gebildet, deren verantwortliche Obleute und b) Ausschüsse gebildet, die in ihrer personellen Zusammensetzung von der Jahreshauptversammlung zu wählen sind, wenn diese Satzung nichts anderes bestimmt. <p>Die Sportabteilungen und Ausschüsse sind in ihrem Aufgabenbereich selbständig, unterstehen jedoch der Weisungsbefugnis des Vorstandes. Der Vorstand ist ermächtigt, für Sonderaufgaben besondere Ausschüsse zu bestimmen.</p>	<p>§ 19 Sportabteilungen und Ausschüsse (1) Für die Durchführung der Vereinsaufgaben werden</p> <ol style="list-style-type: none"> a) für unterschiedliche sportliche Aktivitäten Sportabteilungen gebildet, die von Abteilungsleitern geführt werden, und b) im Bedarfsfall zur Bearbeitung spezieller Aufgaben ständige oder zeitlich begrenzte Ausschüsse gebildet werden. <p>(2) Die Abteilungsleiter und die Ausschussmitglieder sind von der Mitgliederversammlung zu wählen. Die Ausschüsse wählen aus ihrem Kreis einen Sprecher.</p> <p>(3) Die Sportabteilungen und Ausschüsse sind in ihrem Aufgabenbereich selbständig, unterstehen jedoch der Weisungsbefugnis des Vorstandes.</p> <p>(4) Der Vorstand ist ermächtigt, für Sonderaufgaben besondere Ausschüsse zu bestimmen.</p>
<p>§ 17 Maßnahmen Wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Satzung ist der Vorstand berechtigt, folgende Maßnahmen gegen die Mitglieder festzulegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Verweis b) Geldbuße bis 15,34 € c) Disqualifikation bis zu vier Wochen d) ein zeitlich unbegrenzt Verbot des Betretens und der 	<p>§ 20 Maßnahmen Wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Satzung ist der Vorstand berechtigt, folgende Maßnahmen gegen die Mitglieder festzulegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> e) Verweis f) Geldbuße bis 50,00 € g) Disqualifikation bis zu vier Wochen h) ein zeitlich unbegrenzt Verbot des Betretens und der

<p>Benutzung der Sportanlagen. Der Bescheid ist mit eingeschriebenem Brief zuzustellen.</p>	<p>Benutzung der Sportanlagen. Der Bescheid ist mit eingeschriebenem Brief zuzustellen.</p>
<p>§ 18 Ehrenrat Der Ehrenrat besteht aus drei Mitgliedern. Der Ehrenrat wird von der Jahreshauptversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt und ist als Berufungsinstanz gem. § 10 zuständig.</p>	<p>§ 21 Ehrenrat Der Ehrenrat besteht aus drei Mitgliedern. Der Ehrenrat wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt und ist als Berufungsinstanz gem. § 11 zuständig.</p>
<p>§ 19 Rechnungsprüfer Die von der Jahreshauptversammlung auf zwei Jahre zu wählenden zwei Rechnungsprüfer haben das Recht zur jederzeitigen Überprüfung der Kasse. Daneben haben sie die Pflicht, vor der Jahreshauptversammlung die Kasse mit allen Unterlagen zu prüfen und dem Vorstand und der Jahreshauptversammlung über das Ergebnis ihrer Überprüfung zu berichten. Bei Prüfungen ist ihnen das gesamte Rechnungsmaterial vorzulegen.</p>	<p>§ 22 Kassenprüfer Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder zwei Kassenprüfer für eine Amtsdauer von zwei Jahren, wobei jedes Jahr ein Prüfer ausscheidet und ein anderer Prüfer neu zur Wahl ansteht. Den Kassenprüfern obliegt die Überprüfung der Kasse. Daneben haben sie die Pflicht, vor der Mitgliederversammlung die Kasse mit allen Unterlagen zu prüfen und dem Vorstand und der Mitgliederversammlung über das Ergebnis ihrer Überprüfung zu berichten. Bei Prüfungen ist ihnen das gesamte Rechnungsmaterial vorzulegen. Die Prüfung hat mindestens einer der beiden Kassenprüfer vorzunehmen.</p>
	<p>§ 23 Vereinsordnungen</p> <p>(1) Der Verein gibt sich zur Regelung der internen Abläufe des Vereinslebens Vereinsordnungen.</p> <p>(2) Alle Vereinsordnungen sind nicht Bestandteil dieser Satzung und werden daher nicht in das Vereinsregister eingetragen. Die Vereinsordnungen dürfen der Satzung nicht widersprechen.</p> <p>(3) Für Erlass, Änderung und Aufhebung einer Vereinsordnung ist grundsätzlich der engere Vorstand (§14 Abs. 2) zuständig, sofern nicht an anderer Stelle in dieser Satzung eine abweichende Regelung getroffen wird.</p> <p>(3) Vereinsordnungen können bei Bedarf für folgende Bereiche und</p>

	<p>Aufgabengebiete erlassen werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Geschäftsordnung- Beitragsordnung- Ehrungsordnung- Jugendordnung. <p>(4) Zu ihrer Wirksamkeit müssen die Vereinsordnungen den Adressaten der jeweiligen Vereinsordnung, insbesondere den Mitgliedern bekannt gegeben werden. Gleiches gilt für Änderungen und Aufhebung.</p>
	<p>§ 24 Datenschutz im Verein</p> <p>(1) Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein genutzt, gespeichert, übermittelt und verändert.</p> <p>(2) Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Datenb) Berichtigung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind,c) Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt;d) Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war. <p>(3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen Zwecken als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden</p>

	Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.
§ 20 Haftpflicht Der Verein haftet den Mitgliedern gegenüber nicht für die aus dem Spielbetrieb entstehenden Gefahren oder Sachverluste.	
	<i>§ 24 Salvatorische Klausel</i> <i>Die Mitgliederversammlung ermächtigt den Vorstand, Satzungsänderungen selbständig vorzunehmen, die auf Grund von Einwendungen des zuständigen Registergerichts oder des Finanzamtes notwendig werden. Der Vorstand hat die textliche Änderung mit einstimmiger Mehrheit zu beschließen. In der auf den Beschluss folgenden Mitgliederversammlung ist diese von der Satzungsänderung in Kenntnis zu setzen.</i> (siehe Anmerkung am Ende !!!)
§ 21 Auflösung Sinkt die Mitgliederzahl unter zwölf herab oder ist der Verein außerstande, seinen Zweck zu erfüllen. so können die Mitglieder die Auflösung beschließen. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer ordentlichen Mitgliederversammlung mit der Mehrheit von drei Viertel der erschienen Mitglieder beschlossen werden. Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Gemeinde Hinte - Ortsteil Groß Midlum - die das unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu wenden hat.	§ 25 Auflösung Sinkt die Mitgliederzahl unter zwölf herab oder ist der Verein außerstande, seinen Zweck zu erfüllen. so können die Mitglieder die Auflösung beschließen. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung mit der Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Mitglieder beschlossen werden. Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Gemeinde Hinte - Ortsteil Groß-Midlum - die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
§ 22 Inkrafttreten Diese Satzung ist in der Jahreshauptversammlung 1985 beschlossen worden und tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.	§ 26 Gültigkeit dieser Satzung (1) Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am beschlossen. (2) Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. (3) Alle bisherigen Satzungen treten zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.

ANMERKUNG:

Die "Salvatorische Klausel" muss nicht zwangsläufig in die Satzung. Mit satzungsändernder Mehrheit kann die Mitgliederversammlung im Falle von Satzungsänderungen folgenden Beschluss fassen und in das Protokoll der Mitgliederversammlung aufnehmen:

" Die anwesenden Mitglieder beschließen mit satzungsändernder Mehrheit, dass der Wortlaut der nach Einarbeitung der heute beschlossenen Änderungen der Satzung durch den Vorstand nach § 26 BGB endgültig festgestellt werden kann und dass der Vorstand zu Fassungsänderungen ermächtigt ist, die bei Zusammenstellung des neuen Satzungswortlautes erforderlich werden und z.B. die Eintragung im Vereinsregister verhindern, bzw. aus steuerrechtlichen Gründen aus Sicht des Finanzamtes erforderlich sind."